



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

P/X/125 - 2. Juni 1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Fall Schlüter weiter auf der Tagesordnung	S. 1
Arbeitsunruhen in Grossbritannien	S. 3
Vom Raiffeisentag Kiel	S. 5
Führungswechsel in der Montan-Union	S. 6

Aufstand des Gewissens

sp. Es geht im Grunde schon nicht mehr um die Person des neuen niedersächsischen Kultusminister Schlüter. Für den Posten, den er heute noch bekleidet, ist er erledigt, man kann es sich nicht anders denken. Es geht nur noch darum, wie lange die Männer, die so gründlich daneben griffen, auf ihren Irrtum oder ihrer gefährlichen Absicht beharren wollen. Die Kultur ist Ländersache, das Kulturressort das wichtigste Ministerium einer Landesregierung. Wie stellt man sich bei den niedersächsischen Regierungsparteien, die die von Bonn sind, das Amtieren und, bei feierlichen Anlässen, das Repräsentieren des Herrn Schlüter auf dem ministeriellen Ehrenplatz eigentlich vor - nach diesem Aufstand des demokratischen Gewissens und des politischen Geschmacks? Sein Fall hat längst über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgegriffen. Gelehrte von Weltruf, Nobelpreisträger, die jedes Wort abzuwägen pflegen, haben sich eindeutig geäußert.

Die Vorwürfe sind bekannt. Sie beziehen sich nicht auf die weiter zurückliegende Vergangenheit Schlüters, sondern auf sein Verhalten in den letzten Jahren. Vor zwei Tagen noch hat Schlüter erklärt: "Man hat mir vorgeworfen, ich hätte den Nationalsozialismus als die gesündeste Idee unseres Jahrhunderts bezeichnet. Welcher Unsinn!" Aber die alten Zeitungsausschnitte und die ferngeschriebene ips-Meldung (Nr. 190 vom 17.1.1950) liegen vor, wonach Schlüter diese Äusserung am 14. Januar 1950 in Giffhorn getan hat. Dies nur als Beispiel für den Wert Schlüterscher Dementis auch gegenüber anderen Vorwürfen. Selbst wenn man von den schweren und unwiderlegten Beschuldigungen aus der Zeit des 25jährigen Kriminalkommissars in Göttingen und Süd-Hannover oder dem schwebenden Ermittlungsverfahren wegen aktiver Beamtenbestechung aus jüngster Zeit absieht, so hätte die Tätigkeit Schlüters als Herausgeber neonazistischen Schrifttums den Gedanken von vornherein als absurd erscheinen lassen müssen, ausgerechnet diesen Mann zum Kultusminister eines Landes der Bundesrepublik zu machen. Einer der Göttinger Professoren sagte einem Journalisten, der ihn befragte: "Wir - und er bezog sich damit auf das Hochschulkollegium - waren wie vom Schlag gerührt, als wir es erfuhren, niemand hätte es für möglich gehalten."

Etwas anderes ist dafür in Gefolge dieses Vorganges in den Vorder-

grund getreten. Unter den Argumenten, mit denen in den letzten Tagen Schlüter gestützt werden sollte, spielt das seiner Ernennung durch einen rechtmässig gewählten Ministerpräsidenten, also der Hinweis auf das Legitime des Verfahrens, eine Hauptrolle. Ministerpräsident Hellwege selbst hat sich dieses Argumentes bedient, auch der niedersächsische Innenminister Wegmann, der der CDU angehört. Und der zentrale Pressedienst dieser Partei in Bonn schrieb: "Nach der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag den Ministerpräsidenten, worauf dieser seine Minister nennt und dem Landtag zur Bestätigung vorschlägt." Der Dienst fügte spitz und hämisch hinzu: "Eine Mitwirkung der Universität Göttingen und des Allgemeinen Studentenausschusses ist verfassungsmässig nicht vorgesehen." Und er schloss mit der herausfordernden Bemerkung: "Der neue Kultusminister aber möge sich dafür einsetzen, dass im Rahmen des studium generale auch die akademische Jugend Einblick in das Funktionieren einer demokratischen Ordnung erhält." Dieser Satz ist eine glatte Verhöhnung der von ernstesten Zweifeln in die staatspolitische und moralische Eignung des Herrn Schlüter bewegten akademischen Kreise. Dem Sinne nach wird nichts anderes gesagt, als dass gerade dieser Kultusminister der richtige sei, mit den Professoren umzugehen und die Studenten mores zu lehren und zur Reife zu bringen.

Hier wird in fast klassischer Weise deutlich gemacht, was sich massgebende Kreise der Bundesrepublik unter dem "Funktionieren einer demokratischen Ordnung" vorstellen: eine Art "Entmündigung auf Zeit" des kritisch denkenden und sich öffentlich äussernden Staatsbürgers - vielleicht zunächst für die Zeit einer parlamentarischen Legislaturperiode. Die Fristen können später, wenn es gut geht, verlängert werden. Natürlich gilt das nur für Angriffe auf eine Regierung, die den eigenen politischen Interessen entspricht. Die Demonstrationen und Umzüge gegen das absolut rechtmässig zustandegekommene niedersächsische Schulgesetz waren ein "Gebot der Sittlichkeit" - der Protest der Göttinger Professoren und Studenten gegen den seltsamen Kultusminister aber verstösst gegen den demokratischen Gedanken.

In Wahrheit ist die ständige Kontrolle und - wo es notwendig erscheint - Kritik aller demokratischen Institutionen durch ihren letzten Auftraggeber, den Staatsbürger, und ist vor allem das Recht der freien Meinungsäusserung ein unveräusserlicher Bestandteil demokratischen Lebens. Der Versuch, dieses Recht, das in Grunde eine Pflicht ist, zu unterdrücken, ist ein Versuch zur Unterminierung der Demokratie unter Berufung auf demokratische Grundsätze.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt kommt dem Aufstand der Öffentlichkeit gegen den niedersächsischen Landesminister Schlüter so grosse Bedeutung zu. Dieser Aufstand ist ein Beweis für demokratische Wachsamkeit, im Hinblick auf manche unmittelbar Beteiligten auch ein Beweis für ihre Zivilcourage, wenn zu solcher protestierender Haltung auch noch nicht soviel Mut gehört, wie das vor etwa zwanzig oder weniger Jahren der Fall war. Wenn dieser Geist geweckt wurde und bei möglichst vielen Menschen von Einsicht und Geltung wach bleibt, dann wäre die Ernennung des Herrn Schlüter zum Kultusminister Niedersachsens sogar ein ungewollt segensreicher Entschluss gewesen.

Notstandszustand nach Wahlsieg

E. A. London

Vierundzwanzig Stunden nachdem die letzten Resultate der Unterhauswahlen verkündigt worden waren, sah sich die siegreiche Edenregierung der ernstesten Streiksituation seit dem britischen Generalstreik 1926 gegenüber. Die Lokomotivführer und Heizer machten ernst mit der Drohung, die schon einmal - am 1. Mai - vertagt worden war und seitdem wie eine dunkle Wolke über dem Horizont des inneren Friedens gehangen hatte. Anstelle nach dem Wahlsieg in die Pfingstferien zu gehen, verbrachten die verantwortlichen Minister das Fest mit Kabinettsitzungen in London, um Notstandsmassnahmen anzuordnen.

Streik - Folge der Wirtschaftspolitik

Mit der Kritik an den Gewerkschaften versucht jetzt bereits die grosse Tagespresse zu verschleiern, dass die ansteigende Welle von Arbeitsunruhen eine notwendige Folge der Wirtschaftspolitik der letzten drei Jahre Toryregierung ist. Eine Politik, die der Privatwirtschaft die Türen zu einer schrarkenlosen Bereicherung öffnete, darf sich nicht darüber beklagen, wenn die Arbeitnehmer ihren Anteil an der so oft gerührten Prosperität verlangen. Im Falle der Lokomotivführer, Heizer und Eisenbahngestellten liegt die Streikursache auch in der Reprivatisierung eines Verkehrssektors, des Strassengüterverkehrs, und in der stiefmütterlichen Behandlung der Eisenbahnen begründet. Man hat der Verkehrsverwaltung, der verstaatlichten Transport Commission, die Mittel beschnitten, mit denen sie eine schmiegsame Lohnpolitik, wie etwa in den von der Konjunktur besonders profitierenden Industrien, hätte durchführen können.

Es ist aber stark zu bezweifeln, ob man einen derartigen Druck der öffentlichen Meinung hervorrufen kann, dass die Streikenden zur Aufgabe ihrer Aktion gezwungen werden können. Da man ein Verkehrschaos nicht lange dulden kann, um nicht unheilbare Schäden der Ökonomie hinzunehmen, wird die Eisenbahnverwaltung begeben müssen. Sie würde es wahrscheinlich auch schon getan haben, wenn sie nicht befürchten müsste, dass das eine radikale Reform des gesamten Lohngefüges nach sich ziehen müsste. Denn die anderen Kategorien, wie Weichensteller, Signalbeamte usw. haben ein ebenso gutes Recht auf Erhöhung der "Differentiallöhne" wie die Lokomotivführer.

Jedenfalls stellt der Verkehrstreik die erste grosse Bewährungsprobe für die soeben mit verstärkter Mehrheit im Unterhaus bestätigte Edenregierung dar. Sie wird, wenn nicht alle Anzeichen tauschen, nicht die einzige auf innerpolitischem Gebiete bleiben.

Bitterer Tropfen in den Siegerbecher

Damit fällt bereits der erste bittere Tropfen in den Siegerbecher der Torypartei. Eden hatte unmittelbar nach den Wahlen seine Regierung umbilden und verjüngen wollen. Nun muss er wahrscheinlich das Ende des Verkehrstreikes abwarten. Wer wollte denn jetzt auch in dieser Situation Arbeitsminister werden? Sir Walter Monckton hat sich schon lange mit Rücktrittsabsichten getragen, weil ihm schon in den letzten Monaten die Arbeit über den Kopf gewachsen war. Er muss aber wohl vorläufig im Arbeitsministerium bleiben, da sich niemand nach seinem Posten drängen wird.

Die Ereignisse der letzten Tage rücken den konservativen Sieg

bei den Unterhauswahlen in die rechte Perspektive. Er war unter der Losung "Peace and Prosperity" - Frieden und Wirtschaftskonjunktur - gewonnen worden. Für Frieden stand Eden, für Wirtschaftskonjunktur Butler. Das leuchtete den konservativen Wählern ohne weiteres ein. Es war allerdings nicht so, als ob die Konservativen bei den Wahlen eine grosse Begeisterung für ihre Sache hätten erwecken können. Die Partei konnte diesmal weniger Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen als 1951. Bei allgemein geringerer Wahlbeteiligung verloren die Konservativen weniger Stimmen als Labour. Es war keineswegs so, dass frühere Labourwähler in Massen zu den Konservativen abgeschwenkt wären. Aber viele Labourwähler hielten es nicht für nötig, diesmal abzustimmen. Warum?

Heftige Diskussion um Labour-Schlappe

Eine erschöpfende Antwort auf diese Frage zu geben, würde den Weg zum nächsten Wahlsieg der Linken in Grossbritannien aufzeigen. Es ist nur natürlich, dass die Frage nach den Ursachen der Labourverluste jetzt innerhalb der Partei zu ernsthaften - und zum Teil auch einseitigen - Diskussionen führt. Der Hinweis auf die Wirtschaftsblüte genügt nicht. Denn warum sollten besserdienende Labourwähler weniger Interesse an den politischen Geschicken des Landes zeigen als die konservativen Schichten. Die Konjunktur liess zwar das allgemeine Interesse an der Politik nachlassen, aber das erklärt nicht, warum auf der Linken stärker als auf der Rechten.

Auch der Hinweis auf die etwas veraltete Parteimaschine von Labour nützt nicht viel. Gewiss, die Arbeiterpartei hat ihre Struktur und ihren zentralen Apparat seit 1929 nicht überholt, während die Konservativen nach ihrer Niederlage im Jahre 1945 ihren gesamten Parteiaufbau und vor allem ihr Zentralamt nach neuen Richtlinien aufgebaut hatten. Dabei hat man auch nicht sparen brauchen. Bei genügendem Enthusiasmus hätte jedoch die langsamere Wahlmaschine Labours den finanziell gut geölten konservativen Apparat nicht zu fürchten brauchen.

Lähmende innere Konflikte

Innere Konflikte haben die Partei zu lange gelähmt. Das stimmt. Das Wahlergebnis hilft auch nicht, zu entscheiden, welche Richtung innerhalb der Partei sich der grösseren Volksgunst erfreut. Sowohl ausgesprochene "Bevaniten" wie ihre rechten Gegenspieler haben gleicherweise ihren Stimmenanteil verringert. Das sollte dazu beitragen, dass die "Rechten" wie die "Linken" sich nicht die Schuld an dem Stimmenverlust gegenseitig zuschieben. Versuche dazu wurden allerdings bereits gemacht.

Der Wahlausgang gibt nun der Labourparty eine Frist von vier bis fünf Jahren, ihre Politik und ihre Organisation zu überholen. Wahrscheinlich ist es nur gut, dass der Wahlerfolg der Konservativen sich in engen Grenzen hielt. Sie werden die vorsichtige Politik eines zahmen Konservatismus fortsetzen müssen, die den Verlauf der letzten Jahre charakterisierte. Mit anderen Worten, sie werden dem von Labour in der Nachkriegszeit errichteten Gebäude sozialpolitischer und wirtschaftlicher Reformen kaum Schaden antun können. Die Periode der Edenregierung wird man daher am besten als Schonzeit für Labour und das Land bezeichnen können.

Raiffeisen-Opposition gegen Genossenschafts-
reform

R. A. Kiel

Vier grosse Wege müssen heute von der Landwirtschaft beschritten werden, um rentabel zu bleiben: Genossenschaftsbeihilfe, Arbeitsproduktivität, Flächenproduktivität und Qualitätsverbesserung. Der Raiffeisentag 1955, der in der Pfingstwoche in der Hauptstadt Kiel des Agrarlandes Schleswig-Holstein unter Teilnahme von 3500 Raiffeisen-Genossenschaftlern durchgeführt wurde, stand ganz im Zeichen der Genossenschaftshilfe. Noch mehr: Es war eine Kampfansage gegen die Bundesregierung, welche eine Neufassung des Genossenschaftsrechtes vornehmen will. Das bedeutet nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, Reichsminister a.D. Dr. Hermes, eine gefährliche Einengung der Organisationsfreiheit der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Ruf nach einer Reform des Genossenschaftsrechtes kommt nicht aus den Reihen der Genossenschaften. Er geht vom einschlägigen Handel, besonders vom Gross- und Leithandel aus. Man verwies in Kiel darauf: Das jetzt noch gut funktionierende Genossenschaftsrecht war ein glücklicher Griff des damaligen Gesetzgebers. Wenn man es ändern will, sollte man warten, bis eine gesamtdeutsche Regierung vorhanden ist. Gegenwärtig besteht kein Gesetzesnotstand. Das um so weniger, weil man der Landwirtschaft den Weg zur Selbsthilfe nicht verbauen könne, wenn man gleichzeitig von ihr fordere, dass sie gerade diesen Weg einschlagen soll.

Das waren die Argumente, die Prof. Westermann von der Universität Münster noch rechtsphilosophisch untermauerte. Besondere Beachtung hat auch die Feststellung des schleswig-holsteinischen Raiffeisenverbandspräsidenten Milberg gefunden, der die Verbraucherschaft mahnte, darüber nachzudenken, was das ländliche Genossenschaftswesen will. Es ist bekannt, dass Milberg mit dem verstorbenen Konsumgenossenschaftler Gustav Dahrendorf kurz vor dessen Tode über die engere Zusammenarbeit zwischen der GEG und den Raiffeisen-Genossenschaften sprechen wollte. Dazu kam es nicht mehr; aber in dieser Richtung blieb der Weg nach wie vor offen.

Als jedoch der Bundeslandwirtschaftsminister Lübke mit seinen Darstellungen aufwartete, was die Bundesregierung alles für die Landwirtschaft getan habe, wagten sich die Raiffeisen-Männer mit ihrer Opposition nicht recht vor. Wer erwartet hätte, die vorher so stark

verteidigte Organisationsfreiheit werde Ansatzpunkt einer grossen Aussprache geben, wurde enttäuscht. Es herrschte, als Lübke erschien, eitel Eintracht. Vielleicht wäre diese Diskussion in ganzer Breite aufgerissen, wenn Wirtschaftsminister Prof. Erhardt, statt in Toronto die Kanadische Messe zu eröffnen, in Kiel mit den westdeutschen Raiffeisen-Genossenschaftlern über Genossenschaftsrecht - und das zweite brennende Problem der landwirtschaftlichen Organisationen: das Kartellgesetz, angesichts seines Kollegen Lübke diskutiert hätte.

* * *

Niederlage der Integrations-Apostel

sp. Der eigentliche Vater des Schumann-Planes und eifrigster Förderer der westeuropäischen Integrationspolitik, Jean Monnet, wird nicht mehr auf seinen Posten als Präsident der Höhen Behörde nach Luxemburg zurückkehren. Seine Stelle nimmt der frühere französische Ministerpräsident René Mayer ein, der in Messina, auf der Ministerkonferenz der Montanunion, als Nachfolger gewählt wurde. Dieser Wechsel an der Spitze kündigt, allen sichtbar, eine Schwergewichtsverlagerung innerhalb der Montanunion an. Im Grunde genommen bedeutet er eine klare Absage an die bisherige Integrationspolitik. Von René Mayer ist in dieser Richtung keine Initiative zu erwarten; die französische Regierung hatte ja ausdrücklich gegen den Widerstand Bonn seine Wahl durchgesetzt, um den Integrationsaposteln einen Sperrriegel vorzuschieben.

Noch bis in die letzten Tage hinein hat sich Bonn um eine Wiederwahl Monnets bemüht, aber sogar Brüssel versagte ihm dann seine Unterstützung. Nur wenig Anklang fand auch das von Staatssekretär Hallstein erläuterte Memorandum der Bundesrepublik, das in seinem Kern eine verstärkte Politik der Integration befürwortet. Dieser Vorstoss geschah in einem höchst ungünstigen Klima, und wohl auch nur mit halber Kraft, denn ein grosser Teil der deutschen Industrie befindet sich, wenn auch mit anderen Motiven, hier in einer etwas merkwürdigen Übereinstimmung

mit den Auffassungen der französischen Regierung.

Mit dem 30. August 1954, als die französische Nationalversammlung das EVG-Projekt verwarf, erhielt die Idee von supranationalen Behörden den Todesstoss. Nicht lange darauf kündigte Monnet überraschend seinen Rücktritt an. Das war eine unvermeidliche Konsequenz des Zusammenbruchs aller Pläne, Westeuropa so etwas wie in einen Superstaat zu verwandeln. Die deutsche Industrie witterte die neuen Chancen; sie stellte sich rasch auf die neue Situation um. Ihr Vertreter im Bundeskabinett, Wirtschaftsminister Ehard, machte in erstaunlich kurzer Zeit die Wandlung von einem leidenschaftlichen Befürworter der Montanunion zu einem kühlen Kritiker durch, der zum Ärger Hallsteins mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt. Dennoch gab die Umgebung des Bundeskanzlers nicht das Bemühen auf, das Rad zurückzudrehen; der Integrationseifer jedoch liess sich nicht neu entfachen.

Mit der Nominierung Rene Meyers bekundete Frankreich, es denke nicht mehr daran, in einer von supranationalen Institutionen geleiteten Westeuropa unterzugehen. Das ist mehr als ein Rückschlag der besonderen Form der Adenauerschen Aussenpolitik. Mit der Entscheidung von Messina ist enögültig eine ihrer wichtigsten Säulen herausgebrochen.

Konsequenzen für Bonn und das weitere Schicksal der Montanunion werden nicht ausbleiben. Schon drängt die deutsche Eisen- und Stahlindustrie auf den Rücktritt des Vizepräsidenten Franz Etzel als Protest gegen die Wahl des Franzosen Mayer zum Präsidenten. Mit Monnet hätten sich diese Kreise angeblich zufriedengegeben. Nun beanspruchen sie als grösste Kohlen- und Stahlproduzenten innerhalb der Union den Vorsitz der Obersten Behörde. Unter diesem neu herankommenden Konflikt dürfte jeder Restbestand von europäischem Geist, soweit er überhaupt vorhanden war, begraben werden.

* * *